

Audit Committee Quarterly

II / 2021

DAS MAGAZIN FÜR CORPORATE GOVERNANCE

**Audit Committee
Institute e.V.**

Gefördert durch



Die Welt im Wandel

Audit Committee Institute e.V. (ACI)
THE SQUARE • Am Flughafen 60549 Frankfurt am Main
Telefon +49 69 9587-3040 Fax +49 1802 11991-3040
E-Mail aci@kpmg.de www.audit-committee-institute.de

Prof. Dr. Angelika Niebler, MdEP:
EU – China: Eine komplizierte Beziehung

EU – China: Eine komplizierte Beziehung

Autorin: **Prof. Dr. Angelika Niebler, MdEP**



Prof. Dr. Angelika Niebler, MdEP, stellvertretende Parteivorsitzende der Christlich-Sozialen Union, Vorsitzende der CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Präsidentin des Wirtschaftsbeirates Bayern e.V.

China – für uns Europäer ein Partner (z. B. im Klimaschutz), ein wirtschaftlicher Wettbewerber oder ein strategischer Rivale? Was nun? Welchen Kurs sollten wir Europäer gegenüber China fahren?

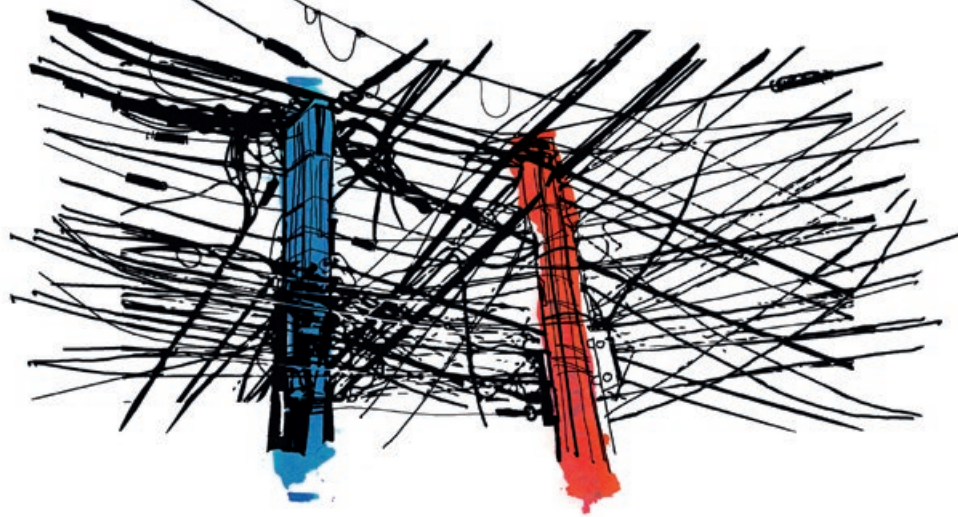
Es ist kompliziert.

China ist mittlerweile der größte Handelspartner der EU, die EU der zweitgrößte Handelspartner Chinas. An einer weiterhin intensiven wirtschaftlichen Zusammenarbeit haben daher beide Wirtschaftsräume Interesse. Mit einer Bevölkerung von 1,4 Mrd. Menschen bleibt China ein für Europäer interessanter Markt. Als ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats sind globale Probleme letztlich auch nur mit China zu bewältigen.

Andererseits unterscheiden wir Europäer uns in fundamentalen Fragen von China. Die weltweite Nachkriegsordnung beruht auf Werten, auf die sich die Europäische Union gründet und die für uns verbindlich sind: Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Chancengleichheit, Rechtsstaatlichkeit, Wahrung der Menschenrechte. China, ein autokratischer Einparteiensstaat, verfolgt andere Vorstellungen, die nicht mit unserer europäischen Werteorientierung im Einklang stehen.

Jüngste Entwicklungen besorgniserregend

Während der Abschluss des EU-China-Investitionsabkommens Ende 2020 noch nahelegte, dass es zu einem leichteren Marktzugang und faireren Wettbewerbsbedingungen für europäische Unternehmen kommen kann und sich die Wirtschaftsbeziehungen dadurch verbessern, sind die weiteren politischen Entwicklungen in China besorgniserregend: Die Verfolgung der uigurischen Minderheit in Xinjiang, die Unterdrückung der Demokratiebewegung in Hongkong, Pekings Auftritt im südchinesischen Meer, die Politik gegenüber Taiwan. Auf die Kritik des Europäischen Parlaments an der Menschenrechtssituation und der Unterdrückung der Uiguren wurden kürzlich sogar Kollegen im Europäischen Parlament durch China mit Sanktionen belegt.



Diese Entwicklungen kann man politisch nicht tolerieren. Solange dieser Zustand bestehen bleibt, wird das Abkommen jedenfalls im Parlament nicht behandelt werden. Für weitere Gespräche mit China sollte die EU jedoch trotz oder gerade wegen dieser höchst problematischen Entwicklungen offen bleiben. Die Regeln für eine weitere Zusammenarbeit dürfen wir uns aber nicht von China diktieren lassen.

Die EU widerstandsfähiger machen

Wir müssen zunächst in der EU unsere Hausaufgaben machen und z. B. unsere (Handels-)Instrumente erweitern, mit denen wir gegen unfairen Wettbewerb durch staatlich subventionierte Unternehmen vorgehen können. Hierzu hat die Europäische Kommission erst kürzlich Vorschläge unterbreitet. Wir müssen uns in der EU widerstandsfähiger machen, das hat uns nicht zuletzt auch die Coronapandemie gelehrt. Wir müssen unsere europäischen Interessen gegenüber anderen Wirtschaftsregionen schließlich auch klar definieren und durchsetzen, was in einer EU mit 27 Mitgliedstaaten und ihren eigenen Interessen kein leichtes Unterfangen ist. Binnenmarkt-Kommissar Thierry Breton hat es auf den Punkt gebracht: »Die Ära eines versöhnlichen oder naiven Europas, das sich ausschließlich auf die Tugend seiner *Soft Power* stützt, liegt hinter uns. Wir sehen jetzt den Beginn eines Europas, das entschlossen ist, seine strategischen Interessen zu verteidigen.«

Für unseren europäischen Weg global Partner suchen und multilaterale Spielregeln und Strukturen stärken

Nur mit anderen starken (Handels-)Partnern kann es uns Europäern gelingen, globale Prozesse zu beeinflussen und politische Ziele durchzusetzen, wie uns dies beim Pariser Klimaschutzabkommen gelungen ist. Gerade im Kampf gegen den Klimawandel machen nur weltweite Bemühungen um eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen Sinn. Wir Europäer sollten uns mit allem Nachdruck weiterhin für eine regelbasierte, multilaterale internationale Ordnung einsetzen.

Unser wichtigster Partner dabei werden die USA sein, sodass es unser Ziel sein muss, die transatlantische Zusammenarbeit wieder zu vertiefen. Das Etablieren eines ständigen Handels- und Technologie-Rats zwischen den USA und der EU ist ein guter Vorschlag, den es schnell umzusetzen gilt. Die enge Zusammenarbeit im transatlantischen Bündnis ist umso mehr angezeigt, als China in seinem jüngsten Fünfjahresplan kürzlich ankündigte, einen starken Fokus auf die Entwicklung eigener technologischer Fähigkeiten zu legen und seine Abhängigkeit von anderen Staaten und Unternehmen zu reduzieren.

Ein weiterer Schritt muss ferner darin bestehen, gemeinsam mit den USA eine Reform der WTO voranzutreiben, die vor allem darauf abzielen sollte, China zur Einhaltung seiner wettbewerbsrechtlichen Vereinbarungen und anderer handelspolitischer Abmachungen zu verpflichten. Auch sollten wir Europäer stärker die Handelsschutzinstrumente wie die Einleitung von Antidumping- und Antisubventionsverfahren nutzen, die bei Verletzung von WTO-Recht heute schon möglich sind.

Die Position der EU kann zudem gestärkt werden, indem die strategischen Beziehungen und die Zusammenarbeit durch Investitions- und Handelsabkommen mit Chinas Nachbarländern, insbesondere Indien und der ASEAN-Region, gefördert werden.

Durch eine solche Vertiefung der Beziehungen können wir Anreize für eine weitere wirtschaftliche Integration schaffen, die die ASEAN-Länder ermutigen, ihre demokratischen Institutionen zu festigen und demokratische Grundsätze einzuhalten.

In Anbetracht der kürzlichen Unterzeichnung des größten Freihandelsabkommens der Welt – das »Regional Comprehensive Economic Partnership«-Abkommen (RCEP) – durch China und 14 andere Staaten der Region darf die EU hier keine Zeit verlieren. Das Abkommen wird Chinas politischen und wirtschaftlichen Einfluss in der gesamten Region erhöhen. Dem müssen wir etwas entgegenzusetzen.

Fazit

Nur wenn wir gemeinsam handeln – im Rahmen der EU, aber auch in Partnerschaft mit den USA –, haben wir global Stimme und Gewicht und können unsere Vorstellungen von fairem Wettbewerb durchsetzen, dem Klimawandel wirksam begegnen und unsere Werte gerade auch in der Handelspolitik einfordern. Ich hoffe, dass die neue Bundesregierung eine aktive europäische Handelspolitik unterstützt und erkennt, dass globale Herausforderungen auch global zu lösen sind. ←